

Asadi, vierter Versuch  
Plädoyer für einen neuen Blick auf Iran  
(Oder: Wie westlich ist die iranische Opposition?)

Von Charlotte Wiedemann

War alles nur Spuk? Millionen auf den Straßen Teherans, grüne Bänder, Gesänge, Victory-Zeichen. Die westlichen Medien badeten in den Protesten, Iran auf allen Kanälen. Und dann: Schweigen. Nuklearverhandlungen mit Ahmadinejad, eben noch der Schurke im Stück. Als wäre nichts gewesen.

Die westlichen Medien und die westlichen Regierungen haben die iranische Demokratiebewegung an ihre Brust gerissen und dann fallengelassen – beides aus zweifelhaften Motiven. Aber auch bei unabhängigen Geistern ist das intellektuelle Interesse schnell erlahmt. Im Iran wird wieder gefoltert? Das ist nicht hip.

Es gibt in der Betrachtung Irans stets einen Hang zum Extremen. Verdammern oder verklären - dazwischen ist wenig. Und selbst die Abscheu verrät eine eigentümliche Faszination. Lange war das nachrevolutionäre Iran nur eine dunkle Silhouette: unverständlich, unzugänglich, verschleiert, dämonisch. Verdichtet zum Klischee der Düsternis wurde Iran die Mutter aller Islamophobien, lange vor *September-Eleven*.

Dann, nach der Präsidentschaftswahl im Juni, plötzlich dieser Ansturm von Hellem, Vertrautem. Vertraute Konturen, vertraute Ästhetik: Make-up, getönte Strähnen, Handies in schönen Frauenhänden. Und dann noch Facebook, Twitter, You Tube. Hey, das sind unsere Leute in Teheran! Die Medien ergreifen unverhüllt Partei, wie nie zuvor bei einer Demokratie-Bestrebung in der islamischen Welt. Als in Ägypten die Wahllokale abgesperrt wurden und Sympathisanten der Muslimbrüder wahlbegierig durch die Fenster kletterten, wer hätte ihnen applaudiert? Im Fall der iranischen Opposition ist die Parteinahme so total, dass sie bei Beobachtern aus der Dritten Welt Argwohn gegenüber den Protesten weckt.

Die Teheraner Demonstranten machen es dem Westen leicht, sie wollen verstanden werden, halten sogar englischsprachige Plakate hoch (die Anhänger Ahmadinejads machen es ihnen bald nach). *A new greeting to the world*, das war im Wahlkampf eine Parole des Präsidentschaftskandidaten Mir Hossein Mussavi, gemünzt auf die Scham, die viele Iraner bei den internationalen Auftritten

Ahmadinejads empfunden hatten. Nach der Wahl bekommt der Slogan eine tiefere Bedeutung.

Das neue Gesicht Irans: Der Westen sieht darin nur, was er kennt – oder zu kennen glaubt. Die vertraut wirkende Ästhetik verführt zu Annahmen über den Charakter der grünen Bewegung: Sie sei nicht islamisch, ziele auf ein säkulares System, basiere auf einem westlichen Freiheitsbegriff. Mit anderen Worten: Sie revidiert die Revolution. Die Annahmen sind nicht komplett falsch, doch treffen sie nur für einen kleinen Teil der Iraner zu. Die westliche Betrachtung aber kommt geistig nicht über diesen Ansatz hinaus: Wo immer in der Welt jemand seine Gesellschaft verbessern will, bewegt er sich auf uns zu. Macht sich uns ähnlicher. Möchte sein wie wir.

Könnte es sein, dass es in Iran anders ist? Dass etwas Neues geschieht? Etwas, für das sogar noch Begriffe fehlen?

Die Bewegung im Juni kam überraschend, aber sie kam nicht aus dem Nichts. Anders gesagt: Sie kam aus dem toten Winkel des westlichen Blicks. Gesellschaft? Die iranische Gesellschaft schien lange keine eigenständige Existenz zu haben, sie war mit dem sogenannten Gottesstaat verschmolzen oder zumindest dahinter verschwunden. Eine nicht minder grobschlächtige Analyse positionierte „das Volk“ gegen „die Mullahs“ oder gegen „die Theokratie“: Als sei Iran eine klassische Diktatur, in der sich eine Clique von Usurpatoren mit Maschinengewehren an der Macht hält.

Doch die Modernität Irans drückt sich gerade darin aus, dass sich eine Gesellschaft in soziologischem Sinne entwickelt hat: ein schwer überschaubares, anstrengendes Puzzle von Verhältnissen, Stimmungen, Beziehungen, Identitäten, Lebensgefühlen und Psychosen. Und schon seit Jahren entwickelt sich eine Zivilgesellschaft, mit säkularen ebenso wie mit religiösen Kräften.

Die Frauenbewegung teilt sich in entsprechende Strömungen, in der Studentenbewegung verbergen sich Säkulare manchmal unter dem Schutz islamisch klingender Organisationen, und in Menschenrechtsgruppen arbeiten ganz unterschiedlich Motivierte zusammen. Nichtregierungsorganisationen betreiben Schulen für afghanische Flüchtlingskinder oder verschaffen talentierten armen Mädchen Stipendien. Dann sind da die unabhängigen Gewerkschafter, oft mit einem Bein im Gefängnis. Arbeiter, die für ausstehenden Lohn streiken. Die Lehrer-Vereinigung, deren Führung soeben wieder verhaftet wurde. Filmemacher, Blogger, Journalisten...

Die meisten würden die Behauptung, sie seien verwestlicht, von sich weisen. Sie bestehen vielmehr darauf, dass sie der wahre Iran sind. Ein Land, das allerdings offen ist für westliche Kultur und wo Europas Weltliteratur übersetzt in den Buchhandlungen liegt. „Wir befinden uns in der Mitte zwischen Ost und West“, meint der Regisseur Bahman Ghobadi.

Weil die iranische Zivilgesellschaft samt ihrer Vielfalt und Produktivität chronisch unterschätzt wird, erleben Kulturschaffende aus Iran, zumal die Frauen, im Westen oft eine übertriebene Empathie, eine Verklärung, wie sie ähnlich nun der Grünen Bewegung zuteilwurde. Jede Filmemacherin, jede Fotografin erscheint als zerbrechliche Ausnahmefigur, deren Werk allein schon deshalb leuchtet, weil es aus dem Reich der Finsternis kommt.

Der Schriftsteller Amir Hassan Cheheltan wirbt stattdessen dafür, die Demokratiebewegung aus der iranischen Geschichte heraus zu interpretieren. In der Region spiele Iran die Rolle „eines unruhigen, aber fortschrittlichen Landes“, sagt Cheheltan; er belegt dies mit drei entscheidenden Daten der iranischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. 1906 – das erste Parlament im Mittleren Osten. 1951 – als erstes Land verstaatlicht Iran sein Erdöl. 1979 – Abschaffung der Monarchie durch eine Volksbewegung.

Das waren drei Versuche, *asadi*, Freiheit, zu erlangen, drei Vorläufer zu der heutigen Situation. Jeder Versuch wurde erstickt, auf ganz unterschiedliche Weise. Die konstitutionelle Revolution, die lange loderte, zusammengeschoßen mit russischer Hilfe. Premierminister Mohammad Mossadegh, der das Öl nationalisierte, wurde 1953 von einem Staatsstreich gestürzt, den Amerika mit britischer Hilfe orchestrierte. Mossadegh, der in der Schweiz studierte hatte, war lange vor Khomeini ein Vorbild für die Dritte Welt; Nasser kopierte ihn mit der Verstaatlichung des Suez-Kanals. Die iranische Bevölkerung hält Mossodegh bis heute in Ehren.

Die nationalen Demütigungen nach dem ersten und zweiten Versuch der Emanzipation prägten Weltbild und Selbstverständnis mehrerer Generationen - und bereiteten dem dritten Anlauf den Weg. Warum der Frühling der Freiheit nach der Revolution von 1979 so schnell endete, diese Frage haben sich die Iraner bis heute kaum zu stellen gewagt. In seinem Roman „Der Colonel“ schreibt Mahmud Doulatabadi über die Jugend, die der Sonne entgegen geflogen sei: „Wehe den Nachbarn, den Mitbürgern, den Landsleuten, wenn die Jugendlichen von ihrem hohen Flug, von der Grenze des Verbrennens zurückkehren und mitten

in einer Welt voller List und Verlogenheit ihre Wahrheit finden wollen.“  
Der Roman konnte in Iran bisher nicht erscheinen.

Kommt nun der vierte Versuch der Emanzipation? Anders als während der sogenannten Reform-Ära zwischen 1997 und 2005 ist das System der Islamischen Republik heute in seinen Grundfesten erschüttert. Von denen, die jetzt aktiv sind, hofften viele schon damals auf große Veränderung. Doch das Veto des Wächterrats stoppte alles, was im Parlament versucht wurde. Nun ist die Zeit der außerparlamentarischen Opposition. Noch ist nicht gewiss, ob die grüne Bewegung wirklich zu einer Kraft wird, die ein neues Kapitel öffnet in der Geschichte Irans. Aber es spricht viel dafür, sie vor dem Hintergrund der langen iranischen Freiheitsbemühungen zu sehen, als Teil eines Kontinuums - und nicht als verspätete Korrektur eines Irrtums, der vor 30 Jahre begangen wurde.

Was aber könnte heute das Ziel sein? Wie könnte ein politisches System aussehen, das all diesen Voraussetzungen Rechnung trägt: Irans historischen Erfahrungen, den unerfüllten Idealen früherer Bewegungen und den heterogenen Erwartungen heutiger Bürger?

Und es ist ja nicht so, dass die Islamische Republik nichts erreicht hätte und folglich nichts zu verlieren hätte. Ihr Antiimperialismus ist in Gestalt von Mahmud Ahmadinejad gewiss nur eine traurige Karikatur. Doch genießt Iran heute Unabhängigkeit und Eigenständigkeit wie nie zuvor in den vergangenen 200 Jahren, und alle Iraner wollen diese Position wahren. Der Widerwille gegen den Einfluss einer Großmacht produziert heute gespaltene Parolen: Auf das rituelle „Nieder mit Amerika“ der Regierungsanhänger antwortet die Opposition: „Nieder mit Russland“.

Ein künftiges politisches System müsste äußere Freiheit, also die Unabhängigkeit von wirtschaftlicher und politischer Bevormundung, mit innerer Freiheit verbinden, mit Grundrechten und Partizipation auf der Höhe des 21. Jahrhunderts. Es müsste der iranischen Kultur und der Rolle des schiitischen Islam Rechnung tragen, ohne – wie in der jetzigen Verfassung – die Bürgerrechte dem Vorbehalt religiöser Zustimmung auszuliefern.

Es gibt für ein solches Ziel kein Modell. Es kann nur in tastenden Schritten gefunden werden. Und das braucht Zeit.

Es fehlt ja nicht nur an einem Modell, sondern auch für den Prozess gibt es in der jüngeren Geschichte kein Beispiel: ein System weniger religiös zu machen, es auf populäre Weise zu enttheokratisieren.

Zahlreiche islamische Gesellschaften stehen heute noch an jenem Punkt, wo Iran vor der Revolution 1979 stand: Gegen autoritäre Regime wird die Religion zu Hilfe gerufen; sie erscheint als Kampfgefährtin der Freiheit, als Erfüllungsgehilfin, wenn nicht gar als Lösung schlechthin. Der iranische Reformtheologe Mohsen Kadivar bedauerte bereits vor mehreren Jahren, wie wenig andere muslimische Intellektuelle, zumal der sunnitischen Welt, aus der iranischen Erfahrung gelernt hätten. Selbstbewusst verlangte Kadivar, die neue Denkweise iranischer Theologen zum Vorbild zu nehmen: für einen demokratischen Islam, der politisch ist, aber nicht die Macht will, nicht regieren will. Mohsen Kadivar hat selbst im Gefängnis gesessen, weil er das theokratische, anti-republikanische Herzstück der Islamischen Republik kritisierte: die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“. Sie sei unvereinbar mit Demokratie.

Kadivar ist heute eine wichtige Stimme der grünen Bewegung. Er definiert sie als eine ethische islamische Bewegung; ihr Glaubensbekenntnis drücke sich aus in dem Ruf „Allahu Akbar, Tod der Diktatur“. Aber: „Diese Bewegung ist absolut dagegen, Religion als Werkzeug zu benutzen.“ Ein feiner, jedoch entscheidender Unterschied. Religiös oder säkular – auf diese allzu schlichte Frage lassen sich die Verhältnisse eben nicht reduzieren.

Gegen die „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ zu sein und damit gegen die Allmacht des Revolutionsführers, das war bisher das Kennzeichen eines Oppositionellen in Iran – und darum gab es in der politischen Öffentlichkeit und im Parlament faktisch keine Oppositionellen: Sie waren automatisch illegal. Und bei jedem Interview eines ausländischen Journalisten im Iran verläuft hier die sogenannte „rote Linie“: Achtung, Sie verlassen den Rahmen der Verfassung! Weil die Reformer bisherigen Zuschnitts, allen voran der frühere Präsident Mohamad Khatami, die rote Linie respektierten, waren sie Erneuerer, Reparatere, nicht Oppositionelle.

Diese Kategorien sind nun durcheinander geraten. Weil das Regime auch jene, die nur das nettere Gesicht der Islamischen Republik sein wollten, mit äußerster Härte verfolgt, sie faktisch in die Rolle von Systemfeinden zwingt. Weil das System sich unter Präsident Ahmadinejad selbst rasant verändert, sich immer mehr republikanischer Anteile entledigt. Und weil in der Grünen Bewegung ein Spektrum von einer nahezu verrückten Breite zusammenkommt: vom zornigen Groß-Ayatollah bis zur party-begeisterten Teenagerin.

Die Radikalisierung der Verhältnisse bündelt sich in dieser Szene: Khatami, der als Präsident aufs Klo gerannt sein soll aus Angst, mit

einer amerikanischen Delegation auf ein Foto zu geraten, wirft dem Regime heute „faschistische“ Methoden vor, wird von dessen Anhängern mit Messern bedroht und zu Boden gestoßen.

Und Mir Hussein Mussavi, der Kandidat im Juni? Als er zur Wahl antrat, war der einstige Premierminister ein moderater Mann des Systems, noch nicht mal ein Reformier. Dann wehte der Mantel der Geschichte den 68jährigen an die Spitze der Oppositionsbewegung. In seinen Erklärungen spürt man immer noch die Verwunderung darüber, wie er, der verdiente Revolutionär, nun gehasst und verleumdet wird. Enorm der Druck, unter dem er stehen muss.

Als Galionsfigur garantiert er die Breite der Bewegung, doch genau die macht ihn nahezu handlungsunfähig. Einerseits möchte er möglichst viele konservative Gegner Ahmadinejads herüberziehen. Für diese Gemäßigten in der Nomenklatura habe Mussavi folgenden Vorteil, formuliert ein Insider: „Sie wissen, er nimmt ihnen die Macht, aber er lässt sie am Leben.“ Das Feuer der Bewegung jedoch kommt von den Jungen; das Rückgrat sind die städtischen Mittelschichten. Sie brauchen Anlässe, um Druck auf der Straße machen zu können. Und nur wenn sich der Druck verstärkt, können die Risse im System genutzt werden.

Die Repression hält das Land oberflächlich in Ruhe, aber seine Psychologie hat sich verändert, durch die großen Demonstrationen im Juni und durch die Unterwanderung der Quds-Märsche im September: Es ist möglich, Verboten öffentlich zu trotzen. Es ist gefährlich, aber es ist möglich. Seit Jahren führen viele Iraner ein Doppelleben, erlauben sich zu Hause Freiheiten der Rede und der Sitten, die draußen unmöglich sind. Aber Täuschung und Lügen fordern ihren Preis, und sie machen einsam. Dies alles einmal abzuwerfen und sich auf der Straße als eine Masse Ähnlichgesinnter zu erleben, das ist ein großer identitätstiftender Moment.

Vor Mussavis Haus hat das Regime Überwachungskameras installiert. Wenn er ausgeht, begleitet ihn ein doppelter Kordon: Seine eigenen Leute und ein Trupp Revolutionswächter. Die Schlinge der Verhaftungen hat sich in den vergangenen Monaten immer enger um die Führungsgruppe zusammen gezogen; deshalb wurden frühere Pläne für die Gründung einer Partei oder Massenorganisation verworfen. Die Demokratiebewegung soll sich ausdehnen als ein unverbietbares „soziales Netzwerk“. Darin sei jeder willkommen, der die iranisch-islamische Identität des Landes als Wert begreife und die Verfassung als Grundlage des Handelns. Aus der Verfassung sollen

besonders die darin versprochenen Bürgerrechte wie Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit zur Geltung kommen.

Außerdem fordert Mussavi eine Reform des Wahlgesetzes; die Zulassung von privaten Radio- und Fernsehstationen; ein Gesetz, das dem Militär die Einmischung in Wirtschaft und Politik untersagt; die Freilassung der politischen Gefangenen und die Ahndung der Grausamkeiten in den Gefängnissen. Ein Minimal-Katalog – doch utopisch unter der Regierung Ahmadinejad.

Die Islamische Republik nicht säkularisieren, sondern ihre Strukturen schrittweise demokratiefähiger machen, so lässt sich das Konzept der Gruppe um Mussavi beschreiben. An die Stelle des allmächtigen Revolutionsführers soll eine Gruppe von fünf bis acht Geistlichen treten, die für eine befristete Amtszeit direkt vom Volk gewählt werden. Sie sollen einen religiösen Pluralismus repräsentieren, vergleichbar der Wahlfreiheit im schiitischen Alltag: Ein Gläubiger ist frei, der Lehre dieses oder jenes Gelehrten zu folgen. Niemand dürfe sich künftig mehr auf göttliche Autorität berufen können, sagt Mussawi: „Keiner hat das Recht zu sagen: Was ich unter Islam verstehe, ist allein richtig.“

Vergleicht man die Fernsehbilder der stürmischen, jungen Bewegung im Juni mit den Botschaften, die Mussavi via Internet „an das Volk von Iran“ richtet, dann überrascht sein konservativer und religiöser Ton. Er will zurück zu den Anfangsversprechen, „den ursprünglichen ethischen Fundamenten“ der Islamischen Republik – als sei er selbst beim Verrat an diesen Versprechen nicht beteiligt gewesen. Wenn Mussavi von Khomeini als dem „sorgenden Vater“ spricht, klingt das für hiesige Ohren verstörend, in Iran aber trifft er die Gemütslage vieler Landsleute. Khomeini ist immer noch eine Ikone, jeder hat andere Gründe, ihn zu verehren, und mit Khomeinis tatsächlicher historischer Rolle hat das oft wenig zu tun. Eher ist es ein Zeichen, wie traditionell viele Iraner in ihrem Denken und Empfinden geblieben sind - keineswegs nur im ländlichen Milieu. In einer Stadt wie Isfahan gilt das Bürgertum als konservativ, auch wenn die Wohnungen voll sind mit neuester digitaler Technik. Wer die politischen Verhältnisse ändern will, muss das in Rechnung stellen: Diese Gesellschaft ist konservativer als ihr äußeres Erscheinungsbild vermuten lässt.

Am Beispiel des Kopftuchzwangs: Seine Abschaffung würde eine Mehrheit der Iraner vermutlich gutheißen. Allerdings würden viele Männer offen oder insgeheim wünschen, die eigene Ehefrau möge die neue Freiheit nicht nutzen. Eine junge, liberale Fotografin sagt, sie würde weiter ein Tuch tragen, weil sie sich sonst auf männliche

Übergriffe gefasst machen müsste. Eine Lehrerin wiederum meint, sie hasse den Zwang und werde glücklich sein, eines Tages ihr Kopftuch freiwillig zu tragen. Das sind nur Ausschnitte, doch sie deuten auf etwas hin: Auch ohne ein religiöses Regime wird Iran westlichen Gesellschaften nicht ähneln.

Ein zweites Beispiel: Das staatlich kodifizierte islamische Recht benachteiligt die Frauen und lässt zum Beispiel eine Scheidung auf ihr Betreiben hin nur in Ausnahmefällen zu. Eine ganze Reihe dieser Benachteiligungen können jedoch ausgeglichen werden durch einen privaten Ehevertrag; er kann der Braut Rechte zugestehen, die über ihre bürgerlichen Rechte hinausgehen. Allerdings lassen sich viel zu wenige Männer, auch aus den gebildeten Schichten, darauf ein – oder zu wenige Frauen bestehen darauf.

Säkulare iranische Frauenrechtlerinnen betonen gerne, die Gesellschaft sei fortschrittlicher als das ihr aufgezwungene System. Sie wollen so das Zerrbild einer kulturlosen, fanatisierten Nation korrigieren. Und die Feministinnen haben oft genug erlebt, wie sie durch staatliche Verfolgung behindert wurden, bevor ihre Unterschriften-Kampagne zeigen konnte, welchen Rückhalt Gleichberechtigungs-Forderungen in der Bevölkerung haben. Dies heißt aber auch: Gegenwärtig verstellt politische Repression einen ungeschminkten Blick auf die iranische Gesellschaft.

In den Teheraner Coffeeshops, wo sich junge Leute treffen, die mit grünen Armbändern ihr Bedürfnis nach einem anderen Lebensstil zeigen, tauchen manchmal Mütter auf, die respektvoll begrüßt werden. Solche Mütter sind Geheimnisträgerinnen; sie wissen vom Umgang, von den Liebesbeziehungen ihrer Töchter, ohne es deren Vätern zu verraten. Die städtischen Mittelschichten sind voll von solchen Geheimnissen. Die andere Seite: Die grüne Bewegung hat in vielen iranischen Familien die Generationen versöhnt, hat die Kluft überbrückt zwischen den Alten, die vor 30 Jahren die Revolution machten, und den Jungen, die unter dem Ergebnis leiden. Nun reden Söhne wieder mit ihren Vätern, Kinder mit den Eltern. Nur eben nicht über alles.

Iran ist ein Land, wo sich der Wunsch nach Veränderung und die Angst vor Veränderung in vielen Facetten übereinander schichten. Und selbst in einer Familie, wo zwei oder drei Generationen die Sympathie für die grüne Bewegung teilen, kann die Haltung ganz unterschiedlich sein. Die Jüngeren brennen für eine schnelle, radikale Wende – im System wie in ihrem Leben. Die älteren fürchten, alles könne zu schnell gehen: Sie fürchten das Machtvakuum, wenn das Regime zerfällt. Ging nicht auch damals, 1979, alles zu schnell?

Unter den Studenten und Intellektuellen träumen manche von der „Iranischen Republik“, einer säkularen Demokratie. Aber es gibt keine Strategie hin zu diesem Ziel und niemanden, der es auf populäre Weise repräsentiert. Der grünen Bewegung mangelt es generell an Führungspersonen; die Gründe dafür sind in den Strukturen und der Psychologie der Islamischen Republik zu suchen. Die Dominanz der Revolutionsgeneration –heute die 50- bis 65jährigen- lässt Jüngeren, Unbelasteten wenig Raum; säkulare Dissidenten wurden durch Repression vernichtet oder ins Exil getrieben; Parteien, in denen Nachwuchs heranwachsen könnte, gibt es nicht. Deshalb bleibt die neue APO im Iran, die außerparlamentarische Opposition, notgedrungen unter dem zu kleinen Schirm des Reformer-Establishments, unter der Führung von Männern wie Mussavi, Khatami und dem Geistlichen Karubi. Sie haben ihr Netzwerk, ihre Websites, sie haben Geld und eine Fraktion im Parlament. Und sie genießen einen Mindestschutz durch ihre prominenten Namen.

Mussawi scheint bewusst zu sein, dass er zu sehr von drei Jahrzehnten Islamischer Republik geprägt ist, um Irans Zukunft verkörpern zu können. Er sieht sich als jemand, der einen unblutigen Weg zu Veränderungen öffnen kann. Danach müsse das Volk entscheiden, in welchem System es leben wolle. Und so haben seine Botschaften neben dem Konservativen, Patinierten noch einen ganz anderen modernen Ton: ein Verständnis von *Diversity*, das für diesen alten Kämpfer erstaunlich ist. Im etwas umständlichen Original: „Unsere Leute haben mit jeder Faser ihres Seins verstanden, dass der einzige Weg zu einer friedlichen Koexistenz der Geschmäcker, Haltungen, Schichten, Ethnien, Religionen und Glaubenshaltungen in diesem großartigen Land darüber führt, die riesige Vielfalt der Lebensstile anzuerkennen und uns um eine althergebrachte Identität zu versammeln, die uns alle verbindet.“ Und während andere von Mussavi verzweifelt Führungsstärke erhoffen, hat er den Begriff Führung abgeschafft: Er sei nur „ein Reisegefährte auf der grünen Straße“.

So oszillierend ist die Demokratie-Bewegung in Iran, und so unübersichtlich ist die Lage.

Der Grundkonflikt zwischen den theokratisch-autoritären und den demokratischen Anteilen im Bauwerk der Islamischen Republik besteht seit 30 Jahren. Gegenwärtig verschärft er sich so schnell und so final wie nie zuvor. Die Regierung Ahmadinejad rüstet einen Islamischen Staat zusammen, dessen religiös-militärisch-industrieller Komplex sich jeder Kontrolle entziehen wird. Schon ist die Telecom mehrheitlich im Besitz der Revolutionsgarden – das klingt wie böse Sciencefiction. In

der Tat ringen in Iran zwei sehr unterschiedliche Modelle von Modernität miteinander, und beide reklamieren den Islam für sich: auf der einen Seite eine autoritäre Techno-Moderne, materiell zukunftsorientiert, geistig reaktionär. Auf der anderen Seite der tastende Republikanismus einer heterogenen Grünen Bewegung, die von der Repression gegenwärtig ebenso niedergehalten wie zusammen gehalten wird.

Nur eines ist klar zu erkennen: Der Westen setzt sich nur mit den Hardlinern zu Tisch. Dass er nicht an der Seite derer steht, die Freiheit rufen, ist für die Iraner keine neue Erfahrung.